

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 35 (1955-1956)  
**Heft:** 5-6

**Rubrik:** Stimmen der Welpresse

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

und als Finanzminister hat Einaudi die Währung und die Finanzen Italiens, auf Grund seiner jahrzehntelangen Beschäftigung mit diesen Problemen, in einer Weise saniert, die ihm die Bewunderung der ganzen Welt eingetragen hat, die ihn aber freilich auch der Notwendigkeit, seine Fachgenossen zu loben, ebenso sehr enthoben hat wie der Notwendigkeit, den Wert anderer Berufe herabzusetzen.

## STIMMEN DER WELTPRESSE

«Die Genfer Konferenz wird als der Beginn einer neuen Etappe in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich in die Geschichte eingehen», stellte die *Prawda* einen Tag nach Beendigung der Konferenz fest. Hinsichtlich der ungelösten Deutschland-Frage behauptete die *Prawda*, die Sowjetunion sei immer für die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands eingetreten. Die sowjetische Haltung in der Zeit der Vorbereitungen und des Abschlusses der Pariser Verträge sei bekannt. Die Sowjetunion habe darauf hingewiesen, daß das Inkrafttreten dieser Abkommen schwierige Bedingungen für Gespräche über die deutsche Frage schaffen und die Diskussion über die Vereinigung Deutschlands sinnlos machen werde. Man könne die Tatsache nicht ignorieren, daß nach dem Krieg zwei Deutschland — die DDR und die Bundesrepublik — mit verschiedener wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Struktur entstanden seien. Die deutsche Bundesrepublik habe, so führte die «*Prawda*» weiter aus, den Weg der Remilitarisierung beschritten und sei in die militärische Gruppierung der Westmächte eingegliedert worden. Die DDR habe dagegen den Entschluß gefaßt, an der Organisation des Warschauer Paktes teilzunehmen. Unter solchen Bedingungen könne man nicht das Problem der mechanischen Verschmelzung beider Teile Deutschlands stellen. — Als einzig realen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands bezeichnet die «*Prawda*»

das gemeinsame Bemühen der vier Großmächte, aber auch des deutschen Volkes, das auf Entspannung in Europa und die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Staaten abzielt. Diesem Ziel würde am meisten die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, unter gleichberechtigter Teilnahme beider Teile Deutschlands, vorderen Wiedervereinigung dienen. Dies würde nicht nur zur Festigung des Friedens in Europa und zur Verhinderung der Wiedergeburt des deutschen Militarismus führen, sondern im Verlaufe der Zeit jene Hindernisse beseitigen, die gegenwärtig auf dem Wege zur Wiedervereinigung entstanden seien. — Die deutsche Frage könne man selbstverständlich nicht ohne die Teilnahme der Repräsentanten der DDR und der Bundesrepublik lösen, erklärte die «*Prawda*» im Augenblick, als die sowjetische Regierungsdelegation von Genf aus nach Ostberlin fuhr, um das Prestige ihrer Statthalter in der Sowjetzone zu festigen, das durch die Einladung Adenauers nach Moskau stark gelitten hatte. Die Ergebnisse des Staatsbesuches in der Ostzone interpretierte das sowjetische Parteizentralorgan in einem Leitartikel am 28. 7. unter dem Titel *Für die Festigung der Freundschaft zwischen dem sowjetischen und dem deutschen Volke* wie folgt: «Die Sowjetunion wird auch weiter dazu beitragen, daß das große deutsche Volk endlich imstande ist, einen einheitlichen, demokratischen und souveränen Staat zu errichten, der einen würdigen Platz in der Familie der fried-

liebenden Völker einnehmen könnte.» — Während die volksdemokratischen Länder diese sowjetischen Gedankengänge lediglich etwas variierten, feierte das Belgrader Parteiorgan *Borba* vom 25. 7. die Genfer Beschlüsse als einen Sieg der stets von Jugoslawien propagierten «friedlichen Koexistenz». Tito mußte jedoch zwei Tage später in einer Rede in Karlovac zugeben, daß die von ihm und Chruschtschew angestrebte Normalisierung der Beziehungen zwischen Jugoslawien und dem Ostblock bei den Führern einiger Satellitenländer auf heftigen Widerstand stöße. Die Moskauer *Prawda*, die Titos Ausführungen über Differenzen mit den Westmächten einen breiten Raum widmete, umschrieb die Klage des jugoslawischen Diktators in bezug auf die Ostblockländer mit einem einzigen Satz: «Er bemerkte weiter, daß es in einigen östlichen Nachbarstaaten Leute gibt, denen die Normalisierung der Beziehungen zu Jugoslawien nicht gefällt.»

In seiner Julinummer veröffentlichte der stets gut orientierte *Intelligence Digest* unter dem Titel *Soviet Infiltration in West Germany* aufsehen-erregende Angaben, die wir auszugsweise wiedergeben: Die sowjetische Infiltration in Westdeutschland ist nicht offen kommunistisch. Ihre drei Hauptkanäle sind die Flüchtlinge, die Neutralisten und die Neo-Nationalsozialisten. Bei den *Flüchtlingen* ist die wichtigste Organisation der Infiltration der *Westdeutsche Flüchtlingskongreß*, dem es kürzlich gelang, die Publikation des «Gesamtdeutschen Kuriers», einer bisher regierungsfreundlichen Zeitung, zu übernehmen. Er besitzt außerdem die Zeitungen «Vertriebenes Echo» und «Neue Scholle». Die *Neutralisten* verfügen in Westdeutschland über 13 Tageszeitungen und 29 Wochenblätter. Sie haben 3700 Fabrikzellen mit 129 000 Mitgliedern. Diesen Sommer werden 30 000 junge Leute für Ferien nach Ostdeutschland eingeladen. Im Handel steht die neutralistische Infiltration unter der Leitung des früheren Parlamentsmitgliedes *Schmidt-Wittmack*, der nach Ostdeutschland desertierte. In Ostberlin steht er einem

Bureau für Ost-Westhandel vor, das sich zu einem der wichtigsten Kanäle der Infiltration zu entwickeln droht. Die Politik der *Neo-Nationalsozialisten* kommt derjenigen der Kommunisten bereits so nahe, daß es schwierig wird, sie voneinander zu unterscheiden. Ihr Sprachrohr sind neuerdings die geschickt redigierten «Rheinisch-Westfälischen Nachrichten für deutsche Kultur, Politik, Wirtschaft und Sport». Deren Eigentümer, Rudolf Steidl, befürwortet eine ostblockfreundliche Politik. Als Berater der Redaktion wirkt *Hermann Rauschning*, der seinerzeit durch seine Bücher gegen Hitler bekannt wurde und noch ein gewisses Prestige genießt. Während des Krieges wurde er amerikanischer Bürger, ist heute aber verbittert über Amerika, das ihm nach seiner Ansicht zu wenig Bedeutung beimaß. Die Mittel des Blattes stammen teilweise aus der Schweiz<sup>1)</sup>.

Die amerikanische Arbeiterbewegung, die mächtigste Organisation ihrer Art in der Welt, weckt wieder in hohem Maße das Interesse der Öffentlichkeit: der Prozeß der Wiedervereinigung ihrer beiden Zweige, der AFL (American Federation of Labor) und der CIO (Congress of Industrial Organizations), durchläuft im Augenblick sein Endstadium. Die Werktätigen der Automobil- und der Eisenindustrie jenseits des Atlantik haben im Streben nach besseren Lebensbedingungen neuerdings wertvolle Errungenschaften erzielt. Da wirkt ein aufschlußreicher Artikel aus der Feder von Professor *Siegfried Behn* mit dem Titel: *Die amerikanischen Gewerkschaften gegen Mitbestimmung* in Nummer 11/1955 der *Bonner Hefte* (Constantin Verlag, Stuttgart) besonders aktuell. Nach Behn sind die amerikanischen Gewerkschaften eine wirtschaftliche Organisation und kein hochpolitisches Nebenparlament. Sie waren nie marxistisch, und sie erstreben nicht das Mitbestimmungsrecht in den Werken,

<sup>1)</sup> Laut «Zeit» (Hamburg) vom 11. 8. gehört jetzt auch der aus dem Amt Blank entlassene Oberst v. Bonin zum Herausbergremium der genannten Zeitung.

weil sie nicht bereit sind, deren Risiko zu teilen und weil sie erkannt haben, daß ein Unternehmer zu wenig verdient, wenn man ihm zu viel dreinredet. Das für sie einzig entscheidende Ziel ist, den Lebensfuß ihrer Mitglieder zu heben. Weder eine Plan- noch erst recht eine Staatswirtschaft ist ihnen willkommen; denn der Staat ist ihnen ein viel zu mächtiger Partner bei Lohnverhandlungen ihm gegenüber ist auch ein Streik nicht am Platze. In Auseinandersetzungen mit dem privaten Unternehmer läßt sich der für die Arbeiter angemessene Anteil am Sozialprodukt leichter durchsetzen. Auf diese vernünftige Weise haben es die amerikanischen Gewerkschaften zustande gebracht, daß der Lebensstand des Arbeiters drüben der höchste auf dieser Erde ist. — Bildet die von rein politischen Aspirationen freie Grundhaltung eine Tatsache, welche die amerikanischen Gewerkschaften sichtbar von den meisten ihrer kontinentalen Schwesterorganisationen abhebt, so verweist *Günther Goetz* im *Rheinischen Merkur* (Köln) vom 1. Juli 1955 darauf, daß neuerdings der Deutsche Gewerkschaftsbund, in striktem Gegensatz zu seinen amerikanischen Kollegen, mit aller Kraft die Ausweitung der öffentlichen Wirtschaft als Weg zur Sozialisierung betreibt. Nach Goetz wollen nur die deutschen Gewerkschaften aus doktrinären Gründen es nicht einsehen, daß die Identifizierung von Staats-, Arbeitgeber- und Gewerkschaftsinteressen letzten Endes auch für die Arbeiterschaft nicht nützlich ist. Wie anders, um wieviel klüger und — sagen wir es ruhig — patriotischer erscheint demgegenüber die Haltung der amerikanischen Arbeiterführung.

In ihrer Zusammenstellung ausgewählter Artikel aus amerikanischen Zeitschriften erwähnen die *Perspektiven*, No. 12, den Aufsatz *America's next twenty years* aus *Harper's Magazine*, März 1955. Der erste von vier Artikeln, welche die im Wirtschaftsleben der nächsten 20 Jahre in Amerika sich ereignenden Änderungen voraussagen, spricht von der kommenden Arbeitsknappheit und «befaßt sich vornehmlich mit den

Bevölkerungsänderungen, die bevorstehen, und was sie im Sinne der Beschäftigung, Erziehung und der Notwendigkeit neuer Kapitalanlagen bedeuten. In den nächsten zwanzig Jahren wird sich die Bevölkerung mindestens um zwei Fünftel vergrößern. Die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter wird aber um weniger als ein Drittel zunehmen. Die resultierende Arbeiterknappheit wird eine Art Wirtschaftskrise herbeiführen, trotz der Vollbeschäftigung. Das Gegenmittel wäre gesteigerte Produktion, die größere Kapitalanlagen voraussetzt, und eine Erneuerung der Produktionsmethoden, Werkzeuge und Maße, um das Management der modernen Unternehmen zu bewältigen.»

Die italienische Regierung hat im Januar dieses Jahres ein vielbeachtetes Reformprogramm entwickelt, das dazu bestimmt sein soll, die *Wirtschaft Italiens* aus den zahlreichen sozialen und ökonomischen Engpässen der Gegenwart zu befreien und insbesondere die strukturelle Arbeitslosigkeit zu überwinden. Die Reise des früheren Ministerpräsidenten Scelba nach Washington bezweckte unter anderem, die materielle Hilfe der USA für die Verwirklichung des Zehnjahresplanes zu gewinnen. Die Bereitschaft der Weltbank, hierfür eine namhafte Anleihe zu gewähren, konnte die Regierung Scelba als Erfolg buchen. Zeitgemäß brachte das *Europa-Archiv* in Heft 7/1955 einen Artikel des stellvertretenden Direktors im Istituto di Economia Internazionale, Professor *Orlando d'Alaura*, über *aktuelle Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung in Italien*. Aus dem reichen Material, das der Autor beibringt, greifen wir das Wichtigste heraus. Die zwei Hauptaufgaben, denen die italienische Regierung seit 1947 gegenübersteht, sind die Stabilisierung der Währung und die Vollbeschäftigung; sie schließen auch die Industrialisierung im Süden des Landes und die Agrarreform in sich. Die Wirtschaftsbilanz Italiens hat sich in den letzten Jahren ständig gebessert, das Volkseinkommen ist gleichmäßig angestiegen; das spiegelt sich auch im konstanten Wachstum des Netto-Sozialproduktes wider. Der Geburten-



überschuß beläuft sich jährlich auf rund 350 000 Köpfe. Insbesondere ist es die arbeitsfähige Bevölkerungsschicht, die sich in den letzten dreißig Jahren stark gehoben hat. Trotzdem die Auswanderung seit 1950 gestiegen ist, bleibt die Beschäftigung der einsatzfähigen Arbeitskräfte ein schwieriges Problem. So wurden am 30. November 1954 von der Vermittlung über 2 Mio oder mehr als 10 % der Arbeitsfähigen als stellenlos registriert. Ihre Aufsaugung soll durch Förderung der industriellen Entwicklung und eine großangelegte Bodenreform bewerkstelligt werden. Der Prozeß der Industrialisierung hat in den letzten Jahren eine merkbare Beschleunigung durchlaufen, an der allerdings Süditalien nicht beteiligt war. Wie dies auch in anderen Ländern Europas der Fall ist, fordert d'Alaura auch für Italien einen Abbau der staatlichen Betätigung in der Wirtschaft. Um die Entwicklung des zurückgebliebenen Südens zu fördern, stehen seit 1949 der «Cassa del Mezzogiorno» erhebliche Geldmittel zur Verfügung. Eine Reihe von Gesetzen aus dem Jahre 1950 ist der *partiellen* Bodenreform gewidmet, die in Süditalien allein über 500 000 ha zur Enteignung und Aufteilung erfaßt. Mit einem neuen Gesetzentwurf kommen weitere 250 000 ha der *allgemeinen* Reform hinzu. Die Kaufkraft der Lira hat sich auf befriedigendem Stand gehalten. Der italienische Staatshaushalt weist Jahr für Jahr einen erheblichen Fehlbetrag auf; die öffentliche Steuerlast hat die Höhe von 29,8 % des Volkseinkommens erreicht. Die Zahlungsbilanz Italiens beginnt befriedigendere Formen anzunehmen; das übliche Defizit der Handelsbilanz geht zurück; an die Stelle Amerikas hat sich im italienischen Außenhandel mehr und mehr das Gebiet der Europäischen Zahlungsbilanz geschoben. Der Verfasser schließt seine von umfassender Sachkunde getragenen Betrachtungen mit dem Wunsche, daß die Pläne zur Reformierung der italienischen Wirtschaft nicht allzu «ehrgeizig» abgefaßt werden möchten.

Immer häufiger werden in letzter Zeit die Stimmen, die in den führenden katholischen Zeitschriften Spaniens auf

gewisse Grundübel der politischen und sozialen Struktur ihres Landes aufmerksam machen. Diese Kritik vollzieht sich meist auf indirektem Weg, indem die Autoren durch Analyse der sozialpolitischen Bedingungen der freien Länder Westeuropas die eigenen spanischen Verhältnisse in mehr oder weniger scharfem Kontrast erscheinen lassen. In ihrer Juli-Nummer nun berichtet die *Herder-Korrespondenz* über einen Artikel des spanischen Jesuiten *Brugarola*, der in seiner neusten Arbeit ein für Spanien besonders delikates Problem aufgegriffen hat: das *Verhältnis von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Staat*. Auf eine kurze Formel gebracht, lautet die These Brugarolas: das Recht auf freie Arbeits- und Lohnverträge ist in der westlichen freien Welt durch Gesetz garantiert, dem Staat kommt nur in Ausnahmefällen ein Interventionsrecht zu. Im Gegensatz zu dieser freien Ordnung steht der Ostblock, wo infolge der staatlichen Monopolstellung in Wirtschaftsfragen jede Privatinitiative widersinnig wäre. Deshalb betrachtet der Verfasser die Freiheit in Arbeits- und Lohnfragen geradezu als Kennmal eines demokratischen Landes. Eine Übersicht über den Stand der Arbeitsverträge der westlichen Kulturländer soll diese These beweisen. — In den skandinavischen Ländern wie auch in der Schweiz herrscht das Prinzip absoluter Selbstbestimmung. Der Staat greift nur ein, um die gewonnenen positiven Erfahrungen der Verbände zu legalisieren. In Frankreich sind seit 1950 die Lohn-Arbeitsverträge nach einer Spanne kriegsbedingter Kontrolle nicht mehr der Zustimmung des Arbeitsministeriums unterworfen. Auch in Belgien hat man den unmittelbar Interessierten selbst die Verantwortung zur Regelung ihrer Angelegenheiten übertragen, jedoch arbeiten die verschiedenen Kommissionen, um der Gefahr des Gruppenegoismus zu entgehen, mit dem Staat als Sachwalter des *bonum commune* zusammen. In den Niederlanden behielt sich der Staat ein gewichtiges Mitspracherecht in der Frage der Arbeitsverhältnisse vor, doch trug die Entwicklung den staatlichen Zuständigkeiten



miteinander verknüpft. — Die wichtigsten amerikanischen Stützpunkte der Arktis liegen auf Grönland und Island. Die Flugstrecken der hier stationierten Verbände dürften geradewegs über Skandinavien nach den Zielen in Rußland führen, so daß ein Duell zwischen russischen Luftstreitkräften aus dem Gebiet Murmansk-Archangelsk und amerikanischen Luftstreitkräften auf Grönland-Island über skandinavischem Gebiet möglicherweise die Operationen eines künftigen Krieges einleiten wird. Die militärpolitische Lage der skandinavischen Länder beruht somit heute in mehr als einer Hinsicht auf dem Aufmarsch und der Gruppierung der beiden Giganten in der Arktis.

Als geopolitische Einheit betrachtet, hat Skandinavien für den Westen eine zweifache strategische Rolle zu spielen. Im Hinblick auf den polarstrategischen Aufmarsch riegelt es die rechte Flanke ab, mit der Aufgabe, die gegen Norden gerichtete britisch-amerikanisch-kanadische Front vor einem Angriff von Osten zu schützen. Das ist Skandinaviens große polarstrategische Aufgabe. In zweiter Linie bildet es die linke, nördlichste Bastion der nach Osten gerichteten Verteidigungsfront der NATO in Europa. Nun ist aber Skandinavien weder eine politische noch eine militärische Einheit. Norwegen und Dänemark haben sich der NATO angeschlossen, während Schweden seine überlieferte bündnisfreie Politik fortsetzt. Damit ist Skandinavien in zwei Blöcke gespalten, was naturgemäß die Erfüllung seiner strategischen Aufgabe erschweren muß, ja vielleicht sogar unmöglich macht. Aufmerksame Beobachter glauben, daß Moskau ein skandinavisches Verteidigungsbündnis begrüßen würde, wobei Dänemark und Norwegen aus der NATO austreten sollten. Eine derartige Neutralisierung Skandinaviens wäre für Rußland sehr erstrebenswert, weil damit Skandinaviens Funktion als Abwehrriegel völlig wegfallen würde. Militärpolitische und strategische Gründe sprechen aber in überwiegendem Maße für eine entgegengesetzte Entwicklung, d. h. für den Anschluß Schwedens an die NATO

und für ein skandinavisches Bündnis im Rahmen der NATO. Es liegt in hohem Maße an der intensiven Polarstrategie der Sowjetunion und der USA, wenn die traditionelle schwedische Neutralität schwerlich länger aufrechterhalten werden kann. Die bündnisfreie Politik der schwedischen Regierung stützt sich indessen auf starke Mehrheiten im Reichstag wie im Volk. Der wichtigste Grund für das Festhalten an einer bündnisfreien Politik ist die Rücksicht auf die heikle Stellung Finnlands. Man fürchtet, im Falle eines Beitritts Schwedens zur NATO würde Rußland mit einer Besetzung Finnlands reagieren, was nicht nur für Finnland selbst ein furchtbares Unglück wäre, sondern auch die militärische und strategische Lage Schwedens katastrophal verschlechtern würde.

Das stets gut und zuverlässig orientierte *SBZ-Archiv* (Köln, Rondorfer Straße 5) gibt in seiner Nummer 12/1955 eine interessante Darstellung der *Militarisierung der Jugend in der DDR*. Die kommunistische Jugendorganisation in der Deutschen Demokratischen Republik, einst als überparteilicher Jugendverband gegründet, ist in den letzten Jahren konsequent zu einem Kaderreservoir der SED entwickelt worden. Heute hat die Freie Deutsche Jugend auf Weisung der SED ihre Verbandsarbeit vor allem auf die Wehrpropaganda gerichtet. Auf diesem Gebiet ist die SED in ein schweres Dilemma geraten, da sie in heftiger Form gegen jede Bewaffnung der westdeutschen Bundesrepublik Stellung genommen hatte und nun erleben muß, daß die Werbung für die kasernierte Volkspolizei mit ihren eigenen Argumenten abgelehnt wird. Die Arbeit der Freien Deutschen Jugend soll vor allem solche «pazifistische Auffassungen» bekämpfen. In allen unterschiedlichen Variationen wiederholt sie immer wieder die Forderung nach militärischer Ausbildung ihrer Mitglieder durch die aktive Arbeit in der «Gesellschaft für Sport und Technik (GST)». Entsprechend ihren Interessen und Fähigkeiten sollten die Freunde für die Hauptausbildungsgruppen gewonnen werden: Schieß- und Geländesport, Mo-



tor-(Auto-)sport, Nachrichten- und Seesport. «Das wichtigste dabei ist die Kampfausbildung. Die besten und kühnsten Freunde sollten in die Ausbildungsgruppen Flug- und Fallschirmsport delegiert werden. Für unsere Mädchen gilt es, sich besonders in der Ausbildungsgruppe Nachrichtensport Kenntnisse in Funken und Fernschreiben anzueignen.» In den Betrieben, Ober-, Fach- und Hochschulen üben Werbekommissionen für die Volkspolizei, assistiert von FDJ- und SED-Funktionären, einen so starken Druck aus, daß viele Jugendliche schließlich doch keinen andern Ausweg mehr fanden als die «freiwillige» Unterzeichnung des Verpflichtungsscheins für die kasernierte Volkspolizei. Dennoch blieb der Erfolg weit hinter dem Aufwand zurück. Auch im V. Parlament der FDJ in Mai 1955 in Erfurt dominierte die Behandlung der Wehrfrage mit dem Aufruf an die Jugend, «diszipliniert ihren zweijährigen Dienst in der kasernierten Volkspolizei ehrenvoll abzuleisten». Das in Erfurt beschlossene neue Statut der FDJ fixiert endgültig die Abhängigkeit von der SED und enthält praktisch die Verpflichtung der Mitglieder zum Waffendienst in einer noch nachdrücklicheren und umfassenderen Form, als sie das bisherige Statut von 1952 kannte. Das V. Parlament stellte die FDJ vor die gleichen schwierigen Aufgaben, die sie schon einmal, nach dem IV. Parlament, nicht meistern konnte und deren Unpopularität vor zwei Jahren mit zum 17. Juni 1953 führten. — Interessante Angaben über die Wehrpropaganda in der Sowjetzone bringt auch *Heinz Kersten* im *Rheinischen Merkur*, Nr. 31, unter dem Titel *Die Taube muß gepanzert sein...* — Über die im besonderen an der Technischen Hochschule Dresden betriebene vormilitärische Ausbildung orientiert ein Bericht der *Deutschen Rundschau* in ihrer Augustnummer unter dem Titel *Buch und Gewehr*.

Die in Wien erscheinende Zeitung *Die Presse* publizierte in ihrer Nummer 2021 unter dem Titel *Ungarn — bis an die Zähne bewaffnet* einen interessanten Bericht, den unser Vertrauensmann

für ungarische Fragen als sehr zuverlässig bezeichnet, «sofern hier das Wort ‚Zuverlässigkeit‘ überhaupt am Platze ist». Wir entnehmen dem Artikel, daß Ungarn heute nach Polen und Rumänien die drittstärkste Satellitenarmee in Europa stellt. Sie umfaßt 13 kriegsstarke Divisionen und wenigstens 5 sogenannte Rahmendivisionen. Darunter befinden sich 3 vollausgerüstete Panzerdivisionen, 2 Luftwaffendivisionen und eine Flakdivision. — Die reguläre Dienstzeit ist mit 3 Jahren befristet, wird aber, wie in der CSR, ohne gesetzliche Vollmacht, beträchtlich überschritten. Unmittelbar an der Grenze gegen Österreich sind derzeit wenigstens 2 Schützendivisionen stationiert, deren Bewaffnung hervorragend sein soll; dazu starke Einheiten des Grenzschutzes und des Sicherheitsdienstes. Die Luftwaffe verfügt über 40 permanente Operationsbasen, von denen viele, eine halbe Flugstunde von Wien entfernt, im Raum Plattensee liegen. Unter den 500 Kampfflugzeugen sind zumeist taktische Bombertypen und Mig-15-Jäger vertreten. Die Panzerwaffe verfügt unter anderem über den mittelschweren Kampfwagen des Typs «T 43» oder «T 34/85». Die Ausgaben für die Armee betragen im jetzigen Fiskaljahr, nach vorsichtigen Schätzungen, 9,5 Milliarden Forint, d. h. wenigstens 20 Prozent des Gesamtbudgets. Eine der wichtigsten Aufgaben der zehn Regimenter des Sicherheitsdienstes, die AVH, ist die Kontrolle der Reisenden an wichtigen Verkehrsknotenpunkten. So werden beispielsweise alle Brücken über Donau und Theiß, ausgenommen in Budapest, von AVH-Kommandos bewacht. Der AVH obliegt auch die Überwachung in den Industriebetrieben, in denen bereits auch schwere Panzerkampfwagen hergestellt werden. Die Rüstungsproduktion besitzt absolute Priorität.

Ein Aufsatz des im Exil lebenden Gewerkschafters *Sacha Volman* in den *Internationalen Freigewerkschaftlichen Nachrichten* (Nr. 7/1955) behandelt *Die kommunistische Terrorherrschaft in Rumänien*. Zum Unterschied von der Reaktion verschiedener Kreise des Westens hat die Propaganda des Kremls



für «friedliche Koexistenz» in den Vassallenstaaten hinter dem eisernen Vorhang wenig Widerhall gefunden. In den letzten Monaten sind in Rumänien nach mehr als sechsjähriger illegaler Haft 150 Arbeiter- und Gewerkschaftsführer in Geheimprozessen zu 10 bis 25 Jahren Strafarbeit verurteilt worden. Diese Prozesse weisen auf den entschiedenen Widerstand hin, den die demokratische Arbeiterbewegung Rumäniens den Strohmannern Rußlands geleistet hat und der die gesamte Führung der betont antikommunistischen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei mit Titel Petrescu an der Spitze wie auch alle Spitzenfunktionäre der freien Gewerkschaften umfaßte. Es ist bemerkenswert, daß man vor dem Prozeß den Arbeiterführern die Freiheit angeboten hatte, unter der Bedingung, daß sie sich in einer öffentlichen Erklärung zur Unterstützung des kommunistischen Regimes verpflichteten. Mit einer Ausnahme haben alle übrigen das Angebot kategorisch abgelehnt. In den industriellen Zentren Rumäniens hat sich im ver-

gangenen Jahr der Widerstand gegen das Regime verschärft. Die gesamte Öl-, Holz-, Maschinenbau- und Textilindustrie Rumäniens ist hauptsächlich für die Ausfuhr nach Sowjetrußland tätig, während andererseits das bestellbare Agrarland um 1 275 000 ha zurückgegangen ist. Die wachsende Opposition gegen das Regime kommt in den Produktionsschwierigkeiten zum Ausdruck, die noch nie so groß waren wie 1954, und welche die kommunistische Presse zu fast täglichen Klagen veranlaßt. Selbst die politische Moral der kommunistischen «Gewerkschaften» hat sich entscheidend verschlechtert, und ihre Führung ist schon wiederholt «eines niedrigen ideologischen Niveaus» bezichtigt worden. Gelegentlich äußert sich die Opposition nicht nur in passivem Widerstand, sondern nimmt aggressivere Formen an. Das was die demokratischen Kräfte in Rumänien in ihrem entschlossenen Widerstand gegen das Regime bestärkt, ist die Gewißheit, daß die freie Arbeiterbewegung der freien Welt Seite an Seite mit ihnen kämpft.

## KRITISCHE UND VERGNÜGLICHE BETRACHTUNGEN

*Zum Wiener PEN-Kongreß*

VON ROBERT FAESI

Ein *PEN-Club-Kongreß* fordert jeweils zu Betrachtungen verschiedenster Art heraus, kritischen und vergnüglichen, und auch der diesjährige, der im Juni in Wien stattgefunden hat, bestätigte die alte Regel, daß der geschäftliche Teil der weniger erquickliche ist als der gesellschaftliche. Für den Leser der Berichterstattung braucht aber die Schattenseite, der ich mich zuerst zuwenden will, nicht die weniger interessante zu sein. Jedenfalls ist es angezeigt, die Vorstellungen über den PEN-Club zu berichtigen und zu verdeutlichen,